

Antrag der Abgeordneten Ahrens, Bensch, Bergmann, Bernhard, Dr. vom Bruch, Dertwinkel, Eckhoff, Erlanson, Grobien, Grönert, Hinners, Imhoff, Janßen, Kastendiek, Leonidakis, Lucht, Lübke, Neumeyer, Özdal, Rohmeyer, Röwekamp, Rupp, Schnitker, Strohmann, Strunge, Tuncel, Vogt, Dr. Yazici

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs, und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetrugs in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus neun Mitgliedern und neun stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes, die Gründe und den Ablauf des massenhaften Sozialleistungsbetrugs in Bremerhaven im Zeitraum mindestens von Anfang 2013 bis April 2016 zu untersuchen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss soll klären, wie es dazu kommen konnte, dass über mehrere Jahre hinweg in organisierter Struktur mutmaßlich mehr als 1 000 EU-Zuwanderer, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, nach Bremerhaven gelockt, mit Scheinarbeitsverträgen zum Zweck des Sozialleistungsbetrugs ausgestattet wurden und zumindest teilweise auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet wurden. Zudem soll aufgeklärt werden, welcher Schaden, durch die betrügerische Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Fördermitteln entstanden ist und ob und gegebenenfalls wer in welcher Art und welchem Umfang dabei Beihilfe geleistet hat, gegebenenfalls mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung.

Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf folgende Themenkomplexe:

- Bestimmung der genauen Anzahl und Art der Betrugsfälle sowie der betroffenen Personen;
- Aufklärung der hinter dem Betrug stehenden Organisationsstruktur und des „modus operandi“;
- Ablauf und Standardisierung der Antragsprüfung;
- Umfang und Funktionsfähigkeit der Kontrollmechanismen in den beteiligten Behörden;
- Zusammenarbeit der beteiligten Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden und Abteilungen;
- personeller oder organisatorischer Zusammenhang mit vergleichbaren Fällen in anderen Kommunen und möglicherweise weiteren ähnlich gelagerten Fällen im Land Bremen;
- personelle, organisatorische und gesetzgeberische Konsequenzen aus den untersuchten Betrugsfällen, veränderte Verfahren, Strategien, Kontrollmechanismen und rechtliche Grundlagen;
- die politische und administrative Verantwortung des Magistrats der Stadt Bremerhaven sowie des Senats.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- chronologischer Ablauf der Betrugshandlungen, der Mitteilungen an beaufschlagende Behörden und Amtsträger und ihrer Aufklärung;
- Begünstigung der Betrugsfälle durch strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen;
- Umgang mit Hinweisen auf mutmaßliche Betrugshandlungen in den beteiligten Behörden und Ämtern;
- Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat, dem Jobcenter und Sozialamt Bremerhaven untereinander sowie mit Trägern und Vereinen;
- Aufarbeitung und Abarbeitung der aufgedeckten Fälle im Jobcenter und dem Sozialamt Bremerhaven;
- Nutznießer der ausbeuterischen Beschäftigung, einschließlich möglicher illegaler Arbeitnehmerüberlassung und möglicher ausbeuterischer Mietverhältnisse sowie der Veruntreuung von Fördermitteln;
- Handeln und Unterlassen der beteiligten Behörden in Bezug auf mögliche Verfahrenshindernisse;
- Umgang mit möglichen sozialen Notlagen betroffener Personengruppen, insbesondere Kinder und Kranke;
- Eingreifen des Senats im Wege der Rechtsaufsicht gemäß Artikel 147 Bremer Landesverfassung (BremLV);
- Auswirkungen des organisierten Betrugs auf die Arbeitslosenstatistik;
- Stand und Ergebnisse strafrechtlicher Ermittlungsverfahren;
- Art und Höhe des entstandenen und zukünftigen Schadens für Bund, Land, Gemeinden, Sozialversicherungsträger sowie weitere Geschädigte;
- Stand der Rückforderung unrechtmäßig erhaltener Zahlungen und Abschöpfung durch Betrug erlangter Vermögen bei den Nutznießern des Betrugs.

Sandra Ahrens	Peter Erlanson	Sophia Leonidakis	Klaus Rainer-Rupp
Rainer Bensch	Susanne Grobien	Sascha Lucht	Christine Schnittker
Birgit Bergmann	Sigrid Grönert	Marco Lübke	Heiko Strohmann
Claudia Bernhard	Wilhelm Hinners	Silvia Neumeyer	Miriam Strunge
Dr. Thomas vom Bruch	Frank Imhoff	Turhal Özdal	Cindi Tuncel
Sina Dertwinkel	Nelson Janßen	Claas Rohmeyer	Kristina Vogt
Jens Eckhoff	Jörg Kastendiek	Thomas Röwekamp	Dr. Oguzhan Yazici